Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 12.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 4.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 200 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 20 Mk.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1802.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382.

Nr. 176 (Evang.: Petr. Kettenf.) Emmendingen, Montag, 1. August 1921. (Kath.: Petr. Kettenf.) 56. Jahrgang.

Der Oberste Rat tagt erst am 8. August.

WTB. **Paris**, 31. Juli. Wie Havas meldet, hat im Laufe des gestrigen Abends der englische Botschafter in Paris amtlich die Annahme des Kompromiß durch seine Regierung bestätigt, bis eine Gesamtschrift in Berlin zur Regelung der Frage der Verstärkungen durch den Obersten Rat betrifft. Der Oberste Rat wird also am 8. August in Paris zusammentreten, da der italienische Ministerpräsident nicht früher abkommen könne. Lloyd George werde der Sitzung persönlich beiwohnen. Belgien werde eingeladen werden und Amerika werde einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Die Konferenz wird in erster Linie die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen sowie die Teilung des Abstimmungsgebietes zu regeln haben. Die Kriegsbeschuldigtenfrage wird sehr wahrscheinlich auch geprüft werden. Die Frage der Reparationen werde in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich nicht ins Auge gefaßt werden, da die alliierten Finanzminister gleich nach der Konferenz gewisse technische Fragen zu regeln hätten, wie die Verteilung der bereits von Deutschland bezahlten Entschädigungssumme, der Besatzungskosten usw. Ein Hauptpunkt, die Aufrechterhaltung der drei Londoner Sanktionen: Besetzung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf, die Zollschranken am Rhein und die Ausfuhrabgabe werde bestimmt angeschnitten werden. Doch gehe die allgemeine Meinung dahin, daß die Entschließungen darüber der Garantiekommission überlassen werden sollen, die die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen hat.

WTB. **Paris**, 30. Juli. Wie die Havasagentur mitteilt, ist im Einverständnis der englischen und französischen Regierung dem General Lerond als dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Oberschlesien eine Weisung erteilt worden, um in Erwartung des bevorstehenden Zusammentritts des Obersten Rates ein engeres Zusammenarbeiten der alliierten Truppen zu dem Zweck sicher zu stellen, eventuellen Aufstandsversuchen, ob sie nun von polnischer oder von deutscher Seite kommen, entgegenzutreten.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 29. Juli. Ein Teil der Mitglieder der Sozialisierungskommission veröffentlicht einige Grundsätze für eine wirksame Reparationspolitik. Die Unterzeichneten der Erklärung halten die unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den Erträgnissen der Landwirtschaft, Industrie, des Handels und Besitzes für geboten: 1. als beste Erfassung der Steuer an der Quelle und 2. als Anteil der Allgemeinheit an der Preissteigerung. Diese Art der Aufbringung könne das Reich in den Besitz von Werten setzen, welche geeignet seien, bei zwingender Notwendigkeit durch Beleihung oder Veräußerung von Vermögen die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den mit der Ueberfremdung verbundenen Mängeln zu begegnen, indem durch planmäßige Regelung ein regelloser Ausverkauf des Volksvermögens verhindert wird.

WTB. **Berlin**, 29. Juli. Wie wir hören, sind zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung Verhandlungen über den Abschluß eines sogenannten Schieds- und Vergleichsvertrages eingeleitet worden. Es handelt sich darum, für die zwischen den beiden Regierungen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können, entweder ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren oder ein obligatorisches Vergleichsverfahren zu vereinbaren.

Berlin, 30. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt hört, werden in dem neuen Tabaksteuergesetz alle Ermäßigungen künftig fortfallen. Während der Steuerertrag für 1921 auf insgesamt 1,8 Milliarden veranschlagt wurde, werden nunmehr nach dem Steuergesetz 2,7 Milliarden erwartet.

WTB. **Berlin**, 31. Juli. Unter der Losung „Nie wieder Krieg!“ wurde im Berliner Lustgarten eine riesige Kundgebung der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen, der Gewerkschaftskommission, des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, der deutschen Friedensgesellschaft, der deutschen Liga für Völkerbund, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und weiterer 16 Organisationen veranstaltet. Etwa 30 Redner sprachen gegen den Revanchegeist, und für eine friedliche Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugenderziehung und für die Sicherheit der republikanischen Staatsform. Der Kriegsgedanke müsse allgemein bekämpft werden. Das Wichtigste sei die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, der Munitionsherstellung und der Waffentransporte. Die Reden fanden brausenden Beifall. Aehnliche Friedenskundgebungen sind in etwa 300 anderen deutschen Orten sowie in England, Frankreich und Amerika veranstaltet worden.

WTB. **London**, 30. Juli. (Reuter.) Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Thamme sagte Lloyd George, er glaube, daß Frankreich und Großbritannien auf dem besten Wege zu einer Verständigung seien. England erkenne an, daß Frankreich die größeren Opfer gebracht habe. Seine direkten Interesse müßten berücksichtigt werden. Das britische Reich habe nur das eine Interesse, daß der so teuer erkaufte Frieden ein wirklicher Frieden werde und daß wir unseren Kindern nicht das Vermächtnis eines konzentrierten Hasses hinterlassen.

Wichtige Abstimmung im Württ. Landtag.

TU. **Stuttgart**, 29. Juli. Der Württ. Landtag hat in seiner heutigen Sitzung die Regierungsvorlage über die Deckung des Aufwandes für das Pfarrbesoldungsgesetz durch Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit 34 gegen 34 Stimmen, bei 16 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für die Vorlage stimmten: Zentrum, Demokraten und deutsche Volkspartei; gegen die Vorlage: Bürgerpartei, Bauernbund, Unabhängige und Kommunisten. Die Mehrheitssozialisten enthielten sich der Abstimmung. — Dann genehmigte der Landtag gegen die Stimmen der Rechten eine Anforderung von 100 Millionen Mark für die Förderung des Wohnungsbaues durch eine einprozentige Abgabe von allen Gebäuden. Der Finanzminister gab dabei die Erklärung ab, daß es der Regierung außerordentlich schwer falle, den Haushaltplan aus laufenden Mitteln durchzuführen, daß sie aber an dem Grundsatz „keine Ausgaben ohne Deckung“ festhalte und deshalb im Herbst dem Landtag eine neue Deckungsvolage zugehen lassen werde.

Badischer Landtag.

Steuergesetze im Landtag.

TU. **Karlsruhe**, 29. Juli. Der Landtag hat heute vormittag die Beratung über das Gesetz von Grundvermögen und Gewerbebetrieb zu Ende geführt. — In der Aussprache lehnte Abg. Fischer-Lahr (D.N.) den Gesetzentwurf ab. Landwirtschaft und Gewerbe seien nicht allein in der Lage den Staat zu erhalten, man sollte einmal bei den oberen Beamten anfangen zu sparen. Redner wandte sich gegen das allzu schroffe Vorgehen der Steuerbeamten auf dem Lande. — Auch Abg. Weißhaupt (Ztr.) äußerte Bedenken, da der Gesetzentwurf allein auf Kosten der Landwirtschaft geschaffen sei. Auf die kleinen und schwachen Gemeinden sollte man Rücksicht nehmen. Auf dem Gebiet des Wohnungsmarktes müsse die freie Wirtschaft eintreten.

Finanzminister Köhler führte aus: über die Auswirkung des Gesetzes habe man noch nicht die gewünschte Klarheit. Mit der Forderung zum Sparen sei nichts getan; bei den oberen Beamten könne man nicht sparen; die Brotpreiserhöhung und sonstige Teuerung werde eine Erhöhung der Gehälter notwendig machen.

In der weiteren Aussprache kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Rückert (Soz.) und Abg. Fischer (D.N.), wobei der erstere zur Ordnung gerufen wurde. Abg. Seubert (Zentr.) bemerkte, sobald sich die Möglichkeit biete, müsse das Gesetz abgeändert werden. Abg. Neck (Dem.) hielt die Veranlagung der Landwirtschaft als zu hoch. Abg. Freudenberg (Dem.) warnte davor, den kommenden Wahlkampf unter dem Zeichen der Steuergesetze zu führen. — Abg. Mayer-Karlsruhe (D.N.) trat für allgemein verständliche Steuervorschriften ein und Abg. Dr. Schofer (Zentr.) wünschte, daß die Steuererklärungen wieder mündlich abgegeben werden könnten. Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Habermehl (D.N.) und Dr. Glockner (Dem.) wurde das Gesetz mit allen gegen drei Stimmen der deutschnationalen Mitglieder Mayer, Mager und Fischer in erster Lesung angenommen.

Dann trat das Haus in die Beratung über den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz ein, worüber Abg. Freudenberg (Dem.) den Bericht erstattete. Er führte dazu u. a. aus: Das sog. Verteilungsgesetz regelt die Verteilung, die Einnahmen und Lasten zwischen Land und Gemeinden. Das Reich hat die Verpflichtung übernommen, für diejenigen Steuern, die von den Gemeinden und Ländern nicht mehr erhoben werden dürfen, diejenigen Beträge zu erstatten, die Land und Gemeinden im Steuerjahr 1919 erhoben haben. Es gesteht ihnen für die nächsten drei Jahre über diese Beträge noch einen Zuschlag von 25 Prozent zu. — In der Aussprache erklärten die Abgg. Dr. Baumgartner (Z.), Rückert (Soz.) und Freudenberg (Dem.) die Zustimmung ihrer Fraktionen zu dem Gesetz. Abg. Mayer-Karlsruhe (D.N.) erklärte, daß sich seine Fraktion der Stimme enthalte.

Das Gesetz wurde hierauf in erster Lesung mit Mehrheit angenommen.

Eine große politische Aussprache im Landtag.

In der Freitag-Nachmittagsitzung wurde zunächst der Gesetzentwurf über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln in erster und zweiter Lesung bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Hierauf wurde nach kurzer Debatte der Gesetzentwuf über die Aenderung des Besoldungsgesetzes ebenfalls in erster und zweiter Lesung angenommen u. zwar einstimmig und hierauf wurde noch der Gesetzentwurf über die Vereinigung der Gemeinde Aue mit der Stadtgemeinde Durlach verabschiedet. Die Deutschnationalen enthielten sich dabei der Abstimmung. — Die Fortsetzung des dritten Nachtrags zum Staatsvoranschlag beim Ministerium des Innern war sodann der Anlaß zu einer großen politischen Aussprache. Zunächst begründete Abg. Strobel eine soz. Förmliche Anfrage über Waffenfunde im Oberlande und über angebliche Orgeschorganisationen. Im Anschluß daran wurde von Abg. Mayer (D.N.) eine deutschnationale Förmliche Anfrage begründet, in der ausgeführt wird, das Ministerium des Innern habe in unzulässiger Weise in die Rechtspflege eingegriffen und an Beamte der Staatsanwaltschaft das Verlangen auf Verhaftung von gewissen Personen gestellt.

Die Förmlichen Anfragen wurden zunächst von Justizminister Trunk beantwortet, der dazu u. a. ausführte, er könne in die schwebenden Verfahren der Gerichte nicht eingreifen. Die Staatsanwalt habe es an Energie nicht fehlen lassen. Von den Nachbarländern Württemberg und Bayern als solche sind keine Waffen nach Baden geschafft worden. Von einem Eingriff des Ministeriums des Innern in die Rechtspflege sei dem Justizministerium nichts bekannt. Die Beschlagnahme von Bankkonten in Freiburg war gesetzlich.

Der Minister des Innern Remmele erklärte, es sei kein Atom Wahrheit an dieser Hetze, die seit Wochen gegen den Minister des Innern geht. Mit solchen Anfragen werde der Minister an den Pranger gestellt und das Ziel sei, die sozialdemokratische Partei in der Regierung zu isolieren. Durch Beschlagnahme ist festgestellt worden, daß es in Baden eine Landesleitung der Orgeschorganisation mit dem Sitz in Karlsruhe gibt; Gruppenleitungen sind Baden-Nord, Baden-Mitte und Baden-Süd. Es sind 12 Personen, die die Leitung haben. Sie erhielten von der Industrie erhebliche Gelder. Es bestand auch eine Presseabteilung, deren eines Mitglied jetzt bei der Breisgauer Zeitung ist und die Berichte nach der Zentrale in München liefern mußte. Zu der Förmlichen Anfrage der Sozialdemokraten erklärte der Minister, daß sich die Badische Regierung ihrer Pflicht hinsichtlich gesetzwidriger Organisationen bewußt sei und sie nicht dulden werde.

In der Aussprache erklärten die Abgg. Leser namens der Demokraten, Wittemann namens des Zentrum und Abg. Marum namens der soz. Fraktion, sich mit der Regierungserklärung einverstanden. Es wurde von diesen Redner auch gebilligt, daß es nicht angehe, in schwebende gerichtliche Verfahren einzugreifen. Der sozialdemokratische Redner erklärte noch, wenn die Verfahren zu Ende gebracht seien, werde die soz. Fraktion prüfen, ob sie das Verfahren nicht beanstanden müsse. — Abg. Mager (D.N.) bezeichnete es als merkwürdig, daß in allen drei Fällen die Staatsanwaltschaft Karlsruhe mit der Angelegenheit betraut wurde und daß entgegen der Entscheidung des Oberlandesgerichs das Justizministerium die Orgesch als Geheimorganisation betrachtet.

In der weiteren Aussprache teilte Minister Remmele mit, die Waffen seien gar nicht geeignet gewesen, im Kampf gegen die Entente verwendet zu werden. Die Bevölkerung in in Osterburken wurde in den Glauben versetzt, die Waffen würden nur verborgen, um sie der Verschrotung zu entziehen. — Justizminister Trunk stellte fest, daß die Ermittlungsverfahren in Osterburken in der Hand des Staatsanwalts in Mosbach liefern. Im Interesse der Beschleunigung der Angelegenheit wurde ein Staatsanwalt 2 bis 3 Wochen mit diesen Ermittelungen betraut.

Am Schluß der Aussprache erklärte Abg. Strobel (Soz.) seine Zufriedenheit über die Erledigung der Interpellation. Abg. Mayer (D.N.) führte aus, seine Fraktion sei mit dem Erfolg der Anfrage zufrieden, denn sie habe den Zweck erreicht, eine beruhigende Erklärung zu erhalten. — Damit war dieser Gegenstand erledigt.

Die nächste Sitzung findet am Montag den 1. August, nachmittags 3 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Nachtragsberatung.

Wertsturz in Deutschland.

W.W. Als vor etwa zwei Jahren die Blokade über die deutschen Küsten aufgehoben wurde, setzte eine plötzliche, aber kurzlebige Konjunktur ein. Nach den jahrelangen Entbehrungen des Krieges wurde Ware Trumpf und die Erzeugungsstätten der Ware, in erster Linie die industriellen Werke, stiegen im Wert. Aeußerlich kam dies im Kurssturz der Mark u. in der Wertsteigerung der Dividendenpapiere zum Ausdruck. Die Reichsregierung entschloß sich, dem wiederaufleben Warenverkehr nicht sofort die gesamte Last der öffentlichen Unkosten aufzubürden. Zwei Jahre lang dauerte der Zustand, daß hohe privatwirtschaftliche Gewinne auf Kosten der Oeffentlichkeit erzielt wurden, indem nämlich die Höhe der Abgaben und in erhblichem Grade auch die Einziehung der bereits gesetzlich festgesetzten Steuern hinter dem Maß dessen zurückblieb, was eine solide Finanzpolitik gefordert hätte. Das Ausland klagte über billige deutsche Einfuhr und begann, sich durch Zollmaßnahmen dagegen abzuschließen. In gewissen Wirtschaftszweigen ist die Grenze der Bewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte bereits erreicht. In den letzten Monaten hat der Massenauflauf von Devisen durch das Reich zur Erfüllung der uns auferlegten Barzahlungen den Wert ausländischer Zahlungsmittel wieder etwas gesteigert und damit die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft gehoben. Bis in die jüngste Zeit hat in Deutschland die Wertsteigerung der Industriepapiere auf Kosten des Geldes angehalten.

Im kommenden Herbst dürfte aber ein Wendepunkt in der Entwicklung der Werte eintreten. Unter dem Druck des Reparationen-

prechens vom 11. Mai, der durch unmittelbares Eingreifen der sogenannten Garantiekommission verstärkt werden wird, werden wir beschleunigt an die Ordnung der öffentlichen Finanzen herangehen. Es handelt sich um die Neubeschaffung von 50 bis 70 Milliarden Mark jährlich. Weitaus der größte Teil dieser Summe muß aus den Erträgen der deutschen Wirtschaft herausgezogen, also der deutschen Produktion auferlegt werden. Dies trifft auch für Posten zu, die der Form nach aus dem öffentlichen Haushalt gestrichen werden, wie zum Beispiel die etwa 6,5 Milliarden Mark, welche für die Verbilligung des Brotgetreides im neuen Wirtschaftsjahr weniger aufgewendet werden sollen als im abgelaufenen Wirtschaftsjahr. Diese Summe muß nämlich, — wenn nicht eine gefährliche Verschlechterung in der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes eintreten soll, — in Form von Lohnzuschlägen eingebracht werden. Auch die Ermäßigung des Unterschusses in den Verkehrsanstalten (Eisenbahn und Post) bedeutet eine entsprechende Mehrbelastung des wirtschaftlichen Verkehrs und damit eine Steigerung der Produktionskosten. Sollte die kommende Finanzreform gelingen, d. h. das Gleichgewicht zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben geschaffen werden, so würde das die Herstellung des Normalzustandes bedeuten, daß nämlich die volkswirtschaftlichen Produktionskosten vollständig in die privatkapitalistischen Unkosten hineinkalkuliert werden. Bei dem gegenwärtigen Stand des Weltmarktes bedeutet das aber den nahezu völligen Verlust der deutschen Exportfähigkeit. Wie nach der gewaltigen Steigerung der Produktionskosten noch diejenige Ausfuhr bewerkstelligt werden soll, welche 1.5 bis 2 Milliarden Goldmark Uebergewinne an die Verbandsstaaten abzuführen ermöglicht, ist schlechthin unerfindlich. Die Entwicklung der nächsten Zeit droht also zu einer Entwertung der deutschen Produktionsmittel zu führen, da sie entweder überhaupt nicht arbeiten oder aber mit Verlust arbeiten werden. Wird die Finanzreform in der nächsten Parlamentssaison nicht gelöst, so bedeutet das nicht mehr als eine kurze Galgenfrist. Es muß der Zustand erreicht werden, daß d. öffentl. Bedarf aus Erträgen d. Wirtschaft voll gedeckt wird. Kann man also in den ersten 2 bis 2½ Jahren Nachkriegszeit von einer Zeit der Geld-Baisse und der Wertpapier-Hausse sprechen, so wird man die nächsten Jahre wahrscheinlich eine Zeit der Geld- und Wertpapier-Baisse nennen müssen. Es scheint, als ob die reinen Realien zunächst vom Wertsturz verschont bleiben werden. Man hatte früher ja schon die Wertsteigerung der Industriepapiere zum erheblichen Teil dadurch erklärt, daß sie sich in gewissem Sinne auf Realien wie Fabrikgebäude, Einrichtungsgegenstände, Rohstoff- und Warenvoräte usw. stützten. Alle diese Dinge sind jedoch in keiner Weise wertbeständig. Rohstoffe werden aufgebraucht und Waren verkukert; aus Fabrikgebäuden, Maschinen usw kann man aber nur dann Nutzen ziehen, wenn sie zur Produktion verwendbar sind. Sind sie das nicht, so sinkt der Wert auf den der Ziegelsteine und des alten Eisens herab. Unter den Irrtümern der Nachkriegszeit wird eine spätere Generation zweifellos den, daß man durch Verschiebung der Reform die Uebergänge erleichtern wollte als einen der folgenschwersten ansehen.

Dr. Crell.

Aus dem Landtag.

TU. Karlsruhe, 29. Juli. Der Schulausschuß des Landtags genehmigte die Einrichtung der noch fehlenden zwei Klassen der Realschule in Schopfheim. Für die Realschule in Lörrach sollen in den nächsten Voranschlag die Mittel für die 7. Klasse eingestellt werden. Abgelehnt wurden die Gesuche um Ausbau der Realprogymnasien, Säckingen und Waldshut, der Ausbau der Wieslocher Realschule und die Angliederung der 7. Klasse an die Realschule Ueberlingen wurden unter der Bedingung genehmigt, daß die betr. Gemeinden den persönlichen Aufwand übernehmen. In ähnlicher Weise wurden die Wünsche der Gemeinden Waldshut, Säckingen, Bretten, Buchen, Triberg, Gernsbach, Achern und Hornberg auf weitere Ausgestaltung ihrer Realanstalten erledigt.

TU. Karlsruhe, 29. Juli. Der Ausschuß des Landtags für Gesuche und Beschwerden befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit einer Eingabe der Zahnärztekammer, in der diese die Aufhebung der Verordnung vom 29. März 1920 über die staatliche Prüfung der Dentisten verlangt. Die Zahnärztekammer bemerkt in ihrer Eingabe u. a., die mangelhafte Vorbildung der Dentisten sei eine Gefahr für die Volksgesundheit und die Zahnbehandlung erfordere eine wissenschaftliche Vorbildung. Von den Dentisten lag hierzu eine Eingabe vor, in der ausgeführt wird, die Zahnbehandlung sei in der Hauptsache eine Frage des praktischen Könnens; der Dentistenverband habe in Karlsruhe ein eigenes Institut auf seine Kosten errichtet, das auch das theoretische Wissen pflege. In der Aussprache kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die Prüfungsordnung des Ministeriums des Innern für die Dentisten einen Fortschritt auf dem Wege zur Volksgesundheit bedeute. Vielfach sei das Vertrauen zu den Dentisten ein größeres als zu den Zahnärzten. Schließlich beschloß der Landtagsausschuß, dem Landtag vorzuschlagen, er möge über das Gesuch der Zahnärztekammer zur Tagesordnung übergehen.

Arbeiterbewegung.

Berlin, 1. Aug. Streikende Kartoffelkutscher überfielen am Berliner Nordbahnhof Händler und Geschäftsleute, die dort Kartoffeln abtransportieren wollten. Sie fielen den Pferden in die Zügel und rissen zum Teil die Führer der Wagen von den Sitzen. Einige Kartoffelsäcke wurden von den Streikenden von den Wagen heruntergeholt und der Inhalt zertreten. Erst nachdem die Polizei Verstärkungen erhalten hatte, konnten die Wagen mit den Kartoffeln unter polizeilicher Bedeckung abfahren.

TU. Stuttgart, 29. Juli. Die hiesigen Friseurgehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung um 30 Mark wöchentlich für Gehilfen mit mehr als 5jähriger Dienstzeit, um 20 Mk. für jüngere Gehilfen. Der Schlichtungsausschuß hat die Forderung anerkannt, die Meister lehnen sie aber ab.

TU. Straßburg, 29. Juli. Der Elektrizitätsarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeiter des Eelektrizitätswerkes haben dieArbeit zum alten Tarif aufgenommen. Vom 1. September ab tritt eine Lohnkürzung von 15 Centimes pro Stunde ein. Die Direktion des Elektrizitätswerks muß die Streiktage bezahlen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 1. Aug. Wie die Blätter aus Angermünde melden, ist der Vorzug des D-Zuges 18 Saßnitz—Berlin unmittelbar am Bahnhof Angermünde entgleist. Tote sind nicht zu beklagen, jedoch wurden mehrere Personen verletzt. Die Strecke ist nach beiden Richtungen hin vollkommen gesperrt. Der Verkehr wird über Freienwalde, Eberswalde aufrecht erhalten.

— Was der französische Patriotismus kostet darüber berichtet die „Lothringer Volkszeitung" folgendes lehrreiche Geschichtchen: Die Bahnverwaltung in Elsaß-Lothringen brauchte 6 Bohrmaschinen, die vor dem Kriege bei Lanz in Mannheim bestellt worden waren. Auf eine Anfrage hin bot die Firma diese Maschinen zum Preise von je 60 000 Franken das Stück an. Da der Chefingenieur aber die Maschinen nur in England oder einem alliierten Staate bestellen wollte, wurden auch dort Angebote eingeholt, die auf 200 000 Franken das Stück lauteten. Trotzdem wurden die Bohrmaschinen in England bestellt. Als man nun in der Werkstätte in Bischheim die Maschinen aufbaute, stellte sich heraus, daß sie von Lanz in Mannheim stammten. Das patriotische Gefühl des Herrn Chefingenieurs kostete den französischen Staat demnach die Kleinigkeit von 840 000 Franken, die England verdient hat.

Aus Baden.

TU. Karlsruhe, 29. Juli. Das Ministerium des Innern hat auf Montag, den 8. August vormittags eine Zusammenkunft der Vertreter der Verbraucherorganisation einberufen, um über die Teuerung zu verhandeln.

TU. Karlsruhe, 29. Juli. Während des Schlafs wurde ein Hilfsdreher von seiner Ehefrau und einem 29jährigen Schneider überfallen und durch Beilhiebe erheblich verletzt. Die Ehefrau des überfallenen und der Schneider wurden verhaftet. — Ferner verhaftete die Polizei hier einen Kaufmann, der seinem Arbeitgeber 25 000 Mk. unterschlagen hatte.

TU. Pforzheim, 29. Juli. Eine Liebestragödie hat sich gestern hier abgespielt. Der 32jährige Kaufmann Otto Gerwig gab aus noch nicht aufgeklärten Beweggründen auf die 17jährige Klara Wiedmann, mit der er seit einiger Zeit ein Verhältnis unterhielt, einen Schuß ab, der den sofortigen Tod des Mädchens zur Folge hatte. Darauf richtete Gerwig die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich lebensgefährlich.

TU. Heidelberg, 29. Juli. Der Bürgerausschuß genehmigte gestern abend die Erhebung einer Nachtragsumlage von 70 Pfg. für je 100 Mark Steuerwerte vom Liegenschafts- und Betriebsvermögen, um den Fehlbetrag von 3,38 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1920/21 decken zu können. Von diesem Fehlbetrag hofft man 1.12 Millionen Mark als Beitrag der Regierung für die Kosten der Polizei erstattet zu bekommen. Das demokratische Bürgerausschußmitglied Professor Dr. Thoma legte gegen die nachträgliche Umlageerhöhung Einspruch ein, da sie nicht den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit entspreche. Der Bürgerausschuß stimmte dieser Ansicht zwar grundsätzlich zu, erklärte aber, keinen anderen Ausweg zur Deckung des Fehlbetrags zu haben. Für das laufende Rechnungsjahr 1921/22 wurde die Umlage vorläufig auf 2 Mk. von je 100 Mk. Steuerwert festgesetzt. Sodann wurde die Einführung der Schwemmkanalisation im ganzen Stadtgebiet beschlossen; die Gesamtkosten sind auf über 10 Millionen Mark berechnet; für den ersten Bauabschnitt wurden 4 Millionen bewilligt. Weiter bewilligte der Bürgerausschuß 780 000 Mk. für den Einbau eines neuen Dampfkessels im städtischen Elektrizitätswerk.

TU. Rastatt, 29. Juli. Der Kirchengeschichtliche Verein für das Erzbistum Freiburg hielt gestern hier seine Tagung ab, in der sich der Vorsitzende, Universitätsprofessor Dr. G. Göller von Freiburg, — nach Begrüßungsworten des Bürgermeisters Renner — über heidnische und christliche Funde im alten Rom verbreitete und besonders über die neuesten Aufgaben in Rom und die Wiederauffindung der Apostelgruft an der Via Appia sprach. An Hand interessanter Inschriften aus der zweiten Hälfte des dritten Jahrhunderts wies der Redner nach, daß zahlreiche Christen von allen Seiten im dritten christlichen Jahrhundert sich an der Via Appia einfanden, um das Gedächtnis der Apostel Petrus und Paulus zu feiern und ferner, daß jeder Einwand gegen die Anwesenheit des Apostels Petrus in Rom, seines Todes und seiner Beisetzung in der Ewigen Stadt widerlegt ist. Pfarrer Dr. Klaus aus Denzlingen, der Schriftleiter des Diözesanarchivs, forderte zur eifrigen Mitarbeit an diesem Archiv auf. Nach Schluß der Tagung des Kirchengeschichtlichen Vereins, der gegenwärtig 900 Mitglieder zählt, wurde das Schloß und seine Sammlungen besichtigt.

TU. Offenburg, 29. Juli. Der Bürgerausschuß beschloß die endgültige Inangriffnahme des großen Siedelungswerks an der Rheinstraße, das einen Aufwand von 6 Millionen Mark erfordert, und bewilligte einen Zuschuß für die Erstellung von 6 Wohnungen für Postbeamte und für sechs weitere Wohnungen. Zur Stärkung der städtischen Finanzen wurde eine nochmalige Umlage für das Liegenschafts- und Betriebsvermögen in Höhe von 26 Pfg. auf je 100 Mk. Liegenschaftswert beschlossen. Den städt. Beamten wurden neuerlich Teuerungszuschläge zugewandt.

TU. Löffingen b. Neustadt, 30. Juli. Die Brandursache des Großfeuers konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. In den Straßen bot sich während des Brandes ein Bild wilden Durcheinanders; Die Feuerwehren arbeiteten, die Abgebrannten weinten vor ihren zerstörten Häusern und suchten das Wenige zu retten, was zu retten war. Man kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, mit welcher Schnelligkeit das Feuer um sich griff; fünf bis sechs Häuser brannten auf einmal; dabei ging ein starkes Flugfeuer von scharfem Ostwid getragen über die Stadt und es muß Wundernehmen, daß nicht noch mehr Häuser dem Brand zum Opfer gefallen sind. Vielfach ist auf den Straßen das Mobiliar verbrannt, während die Häuser noch vom Feuer verschont blieben. Ein Glück ist es, daß sich beherzte Männer fanden, die sofort das Großvieh aus den Ställen und aus der Stadt führten.

TU. Löffingen b. Neustadt, 30. Juli. Bei dem großen Brandunglück sind leider auch Diebstähle vorgekommen, von gewissenlosen Elementen verübt, die die Aufregung benützten, um sich allerhand Gegenstände anzueignen.

TU. Bernau b. St. Blasien, 29. Juli. Aus Frankfurt a. M. ist hierher die Nachricht gelangt, daß der Landwirt Wilhelm Köpfer von Bernau-Weiherle dort verhaftet worden sei. Köpfer hatte am 30. Oktober 1920 seine Frau ermordet, dann sein Haus angezündet, das völlig niederbrannte, und war flüchtig gegangen.

TU. Konstanz, 29. Juli. Einen seltsamen Fund machten zwei Kinder im Walde zwischen Fürstenberg und St. Katharina. Sie fanden einen schmutzigen Sarg, in dem sich eine männliche Leiche befand. Als sie von ihrem Fund berichteten und Leute an die Stelle führten, war der Sarg verschwunden, nur ein welker Kranz lag noch an der Stelle.

TU. Konstanz, 29. Juli. Von einigen Orten des Ober- und Untersees werden tödliche Unglücksfälle beim Baden gemeldet. An einigen Orten wurden Badende in höchster Not gerettet.

TU. Konstanz, 30. Juli. Gestern ereignete sich bei einem Gewittersturm auf dem Untersee zwischen Allensbach und Reichenau ein schweres Bootsunglück. Eine an das Motorboot angehängte Gondel, die mit Fremden, insgesamt 14 Personen besetzt war, füllte sich mit Wasser und sank. Die Frau des Bootsführers Blum von Reichenau konnte mit knapper Not gerettet werden, dagegen ist ein 6jähriges Mädchen des Bootsführeres ertrunken. Auch ein Fremder, ein Lehrer aus Berlin, wird vermißt. Man spricht auch noch von einem Fräulein, das bei dem Unglück ebenfalls untergegangen sei. Da die Insassen einander nicht kannten, sind die Feststellungen erschwert. Der Untersee hat bekanntlich schon viele Opfer gefordert und ist bei Sturm außerordentlich gefährlich.

TU. Konstanz, 30. Juli. Der Bürgerausschuß beschäftigte sich gestern mit der Nachtragsumlage von 1,8 Millionen Mark. Ursprünglich waren es nur 1,3 Millionen, aber durch nachträglich erst bekannt gewordenen Umlageabgang von 500 000 Mark erhöhte sich der Betrag auf 1,8 Millionen Mark. Die für das Jahr 1920-21 von 100 Mk. des Liegenschaftssteuerwertes und der Steuerwerte des Betriebsvermögens zu erhebende Nachtragsumlage wird auf 1,20 Mk. festgesetzt. Der Bürgerausschuß genehmigte den Nachtrag nach dreistündiger Debatte einstimmig.

TU. Stockach, 30. Juli. Bei Steißlingen ist der 38jährige Taglöhner Josef Kraus ertrunken.

TU. Ertrunken sind beim Baden im Gallenweiher des Bades Dürrheim ein 20jähriger Techniker aus Schwenningen und im Mühlenweiher bei Detzeln (Amt Waldshut) der Chauffeur Anton Schäfer aus Donaueschingen.

*

TU. Friedrichshafen, 30. Juli. Der Flugzeugbau Friedrichshafen hat bekanntlich nach dem Kriege den Bau von Landwirtschaftlichen Maschinen aufgenommen. Nun hat er sich assoziert mit Schweizer Kapital und die Firma Maschinen- und Schiffbaugesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Manzell aufgenommen. Der Flugzeugbau bringt in die neue Gesellschaft seine Grundstücke und Gelände zum Uebernahmewert von einer Million und Materialien zum Uebernahmewert von 716 000 Mk. ein, welche Beträge auf die Stammeinlagen berechnet werden. Das Stammkapital der neuen Firma beträgt zwei Millionen Mark. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf von Maschinen und Booten, sowie aller einschlägigen Artikel, Beteiligung bei gleichartigen und verwandten Unternehmungen und Geschäften sowie die Uebernahme und Fortführung derartiger Betriebe.

Das Grand-Hotel Babylon

Roman von Arnold Bennett.

62) (Nachdruck verboten.)

Inzwischen erzählte Hazell Racksole, daß Jack Everetts Schiff, genannt „Squirm", eines der berüchtigtsten Fahrzeuge der Themse sei. So oft jemand ein lichtscheues, übeltäterisches Vorhaben auf dem Flusse ausführen wollte, war Everetts langes Boot gegen entsprechenden Lohn immer dafür zu haben. Die Strompolizei hatte immer ein wachsames Auge auf das Schiff, doch obwohl etliche seiner ehemaligen Mieter gegenwärtig verschiedene Gefängnisse Seiner Majestät bevölkerten, war es den Aufsichtsorganen noch nie gelungen, Jack Everett selbst jemals einer gesetzwidrigen Unternehmung zu überführen. Neuerdings war das Dampfboot mit seinem zerbrochenen Propeller, den der Eigentümer sich wieder herzustellen weigerte, sogar unter den Missetätern in Ungnade gefallen, und diese Herrschaften zogen ihm weniger leicht erkennbare Fahrzeuge vor.

„Ihr Freund, Mr. Tom Jackson, beging eine große Unvorsichtigkeit, indem er den „Squirm" mietet", sagte Hazell zu Racksole. „Ein geriebener Gauer wie er, hätte das wissen müssen Jetzt muß es uns gelingen, ihm auf die Spur zu kommen."

Das Boot näherte sich inzwischen Cherry Gardens, doch unglücklicherweise hatte sich ein leichter Nachtnebel über dem Flusse gelagert, so daß man die Gegenstände nur auf eine Entfernung von etwa dreißig Metern deutlich erkennen konnte. Das Boot lief fast auf ein großes norwegisches Segelschiff auf, das mit dem Kiel flußabwärts verankert lag. Gerade als sie an seinem Bugspriet vorüberglitten, rief der eine Ruderer erregt: „Da ist seine Nase!" Richtig lag der „Squirm" friedlich verankert an der Steuerbordseite des Norwegers, wohlgeborgen zwischen dem großen Schiffe und dem Ufer. Die Männer ruderten sachte heran.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

„Ich werde zunächst an Bord gehen", flüsterte Hazell Racksole zu, „und so tun, als ob sie verdächtige Waren an Bord hätten, die ich untersuchen muß. Bei dieser Gelegenheit kann ich mir alles gründlich besehen."

Der junge Mann in der amtlichen Uniform sprang munter auf das niedrige Deck des Dampfbootes, und Racksole hörte ihn laut rufen: „Ist jemand an Bord? Ich bin ein Untersuchungsbeamter vom Zollhaus und will das Boot untersuchen." — Eine Frauenstimme antwortete, und Hazell verschwand im Inneren des Bootes.

Endlich kehrte er zu Racksole zurück. — „Ich habe nichts finden können", sagte er und fuhr dann leiser fort: „Es ist ein Weibsbild an Bord, das Ihrer Beschreibung der Miß Spencer zu entsprechen scheint. Das Boot ist unter Dampf, aber ich sah keinen Maschinisten. Ich fragte das Frauenzimmer, wo er ist, aber sie forderte mich auf, mich um meine eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Sie scheint ein Satanskerl zu sein. Ich habe meine Nase in alle Winkel gesteckt, konnte aber sonst niemanden entdecken. Vielleicht sollten wir uns etwas abseits halten und einfach aufpassen, ob sich etwas rührt."

„Sind Sie ganz sicher, daß er nicht an Bord ist?" fragte Racksole.

„Das will ich meinen!" sagte Hazell, „ich verstehe mich auf das Durchsuchen von Schiffen." —

„Ich glaube, es wäre vielleicht nicht schlecht, an Bord zu gehen und das Frauenzimmer fortzubringen", schlug Racksole zweifelnd vor.

„Nun, ich meine —"

„Wo will der hin?" unterbrach der Mann im Bug Hazell, und wies auf ein kleines Boot, das sich aus dem Schatten des Norwegers löste und flußabwärts im Nebel verschwand.

„Ich wette, das ist Jules", schrie Racksole, „vorwärts Burschen, ihm nach. Zehn Pfund für jeden, wenn wir ihn einholen!"

„Jetzt tüchtig drauflos!" befahl Hazell, und das schwere Boot nahm die Verfolgung auf.

„Das wird ein Spaß!" sagte Racksole.

„Kommt darauf an, was Sie einen Spaß nennen. Meiner Ansicht nach ist es ein schlechter Witz, in so einem Nebel stromabwärts zu jagen. Man kann nie sicher sein, ob man im nächsten Moment nicht auf eine der Barken auffährt. Ich glaube, der Kerl hat sich in dem Boot versteckt, so bald er uns erblickte, und hat Reißaus genommen, als ich das Boot verließ."

Das Boot glitt rasch vorwärts, und Hazell, der das Steuer lenkte, war jeden Augenblick gezwungen, den Kiel des Bootes scharf seitwärts zu richten, um den zahlreichen Barken und verankerten Schiffen auszuweichen. Racksole schien es, als sei der ganze Strom mit verankerten Schiffen besät. Er sah angestrengt geradeaus, konnte aber lange Zeit nichts als Nebel und Schiffsumrisse vor sich sehen.

Plötzlich sagte er gelassen: „Wir sind auf dem richtigen Weg, ich sehe ihn gerade vor uns."

Im nächstenAugenblick konnte man das kleine Boot deutlich sehen. Es war keine zwanzig Meter mehr entfernt und der Ruderer, der aus Leibeskräften arbeitete, war unverkennbar Jules.

„Sie hatten recht, das ist wirklich ein Spaß", sagte Hazell. „Ich bin schon ganz aufgeregt. Was meinen Sie, sollen wir das Boot umrennen, und uns den Kerl dann aus dem Wasser fischen?"

Racksole nickte zustimmend, doch im selben Augenblick tauchte knapp vor dem Bug ihres Bootes ein großes Schiff mit roten Segeln aus dem Nebel auf, und das Zollboot entging nur mit knapper Not einem Zusammenstoß. Als sie sich endlich losgemacht hatten und die üblichen Schimpfreden ausgetauscht waren, konnte man das kleine Boot kaum noch im Nebel unterscheiden. Racksole brannte darauf, etwas zu unternehmen, mußte sich aber damit begnügen, tatenlos neben Hazell auf dem Steuersitz zu hocken. Allmählich holten sie das Boot wieder ein, dessen einziger Ruderer offenbar zu ermüden begann. Als sie Hals über Kopf auf das Fahrzeug losfahren wollten, wurde das Kiel des Bootes nach rechts gerissen und das winzige Schiffchen schlüpfte zwischen zwei Barken, die schwarz und verlassen dort verankert lagen.

„Steuerbord!" befahl Racksole, aber Hazell entgegnete: „Um Gotteswillen nicht! Dort können wir ja nicht durch. Er muß unten raus kommen, das ist ja nur ein Trick. Wir müssen die Richtung geradeaus beibehalten." Sie glitten vorwärts. Was aber zwischen den zwei großen Barken auftauchte, und von der Strömung gegen Grenwich getragen wurde, war ein leeres Boot.

Der Dicke sagte seinem Kameraden etwas, und das Zollboot stoppte.

„'s ist schon gut. Wenn Sie ihn haben wollen, brauchen Sie nur auf eine der großen Barken zu klettern und sich ihn zu holen."

„Stimmt!" höhnte eine Stimme aus der Tiefe der nächsten Barke. Es war Jules' Stimme.

(Fortsetzung folgt.)

Von den Parteien.

Uebertritte der deutschen Volkspartei in Hamburg.

Hamburg, 13. Juli 1921.

Nachdem bereits nach den Wahlen drei auf politisch neutralen Listen gewählte Abgeordnete sich sofort der Hamburgischen Bürgerfraktion der deutschen Volkspartei angeschlossen hatten und diese mit sechsundzwanzig Sitzen die stärkste bürgerliche Fraktion wurde, hat sie jetzt einen weiteren Zuwachs zu verzeichnen. Wir hatten schon früher mitgeteilt, daß der Hamburgische Wirtschaftsbund, der ähnlich wie in anderen Ländern bei den Wahlen zum Landesparlament selbständig vorging und bei dem ersten Wahlgang nach der Revolution einen Achtungserfolg erzielte, aber bei den letzten Wahlen es nicht wieder zu einer Fraktionsstärke brachte, seinen Charakter als Landespartei aufgegeben und sich dem politisch neutralen Norddeutschen Hansabund eingefügt hat. Nunmehr haben auch die auf der Liste des Wirtschaftsbundes gewählten 5 Abgeordneten: Drechslermeister Johannes Hirsch, Blumenhändler und Vorsitzender der Detaillistenkammer Wilhelm Mähl, Kaufmann Karl Nagel, Kolonialwarenhändler Johannes Meier und der Obermeister der Schlachterinnung J. H. Schuhmacher die Folgerungen aus der Auflösung des Wirtschaftsbunds gezogen und sind auf ihren Antrag am 11. Juli einstimmig in die Fraktion der Deutschen Volkspartei aufgenommen worden. Damit ist ein gewaltiger Fortschritt in der Sammlung des liberal gesinnten Bürgertums erreicht und für die kommenden Wahlen bieten sich für die Deutsche Volkspartei die günstigsten Aussichten. Sind doch durch den Beitritt dieser Abgeordneten, die durchweg in den ihnen nahestehenden Wirtschafts- und Berufsorganisationen an führender Stelle stehen, die Wege für die Gewinnung breiter Wählermassen geöffnet. Erleichtert werden die Organisationsaufgaben noch dadurch, daß die fünf zur Deutschen Volkspartei übergetretenen Abgeordneten von jeher den Zielen und Bestrebungen der Partei nahegestanden und die freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen immer sehr rege waren. Damit zählt jetzt die Hamburgische Bürgerschaftsfraktion der Deutschen Volkspartei 31 Vollmitglieder und ist nach den Sozialdemokraten die bei weitem stärkste Fraktion im Landesparlament.

Der Uebertritt hatte noch eine weitere Begleiterscheinung. Während in fast allen Landtagsparlamenten des Deutschen Reiches die Zentrumspartei der Regierungspartei angehört, hatte der Landesverband Hamburg der Zentrumspartei eine etwas mehr rechtsgerichtete Stellung inne. Die zwei gewählten Zentrumsabgeordneten, Pastor B. Dinkgrefe und Fabrikant F. Neureuter, nahmen auf den Bänken der Opposition Platz und ließen sich der Wirtschaftsgruppe zuzählen. Nach deren nunmehrigen Auflösung haben die beiden Zentrumsabgeordneten den Wunsch geäußert, bei der Fraktion der Deutschen Volkspartei zu hospitieren. Diesem Ersuchen ist die Fraktion nachgekommen und verfügt nunmehr in Fragen der Landespolitik über 33 Stimmen.

Das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Hamburgischen Parlament gestaltet sich jetzt folgendermaßen: Mehrheitssozialisten 67 Abgeordnete, Demokraten 23 Abgeordnete; diese bilden mit 90 Sitzen den Regierungsblock. Die Rechtsopposition setzt sich zusammen aus 33 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei (darunter zwei Zentrumsabgeordnete als Gäste) und 18 deutsch-nationalen Abgeordneten. Die Linksopposition besteht aus 17 Kommunisten, 2 Unabhängigen und 1 Wilden (Abg. Reich, zugleich Reichstagsmitglied, der nach dem Märzputsch aus der kommunistischen Partei ausgestoßen wurde). Das Erstarken der Deutschen Volkspartei hat in der Parlamentsarbeit auch dadurch seine Auswirkung, daß sie nunmehr auch eine stärkere Vertretung in den Parlamentsausschüssen beanspruchen kann. Der Aeltestenausschuß der Bürgerschaft hat bereits einen dahin gehenden Beschluß gefaßt.

Mitteilungen der Handelskammer Freiburg i. Br.

Sprechstunden: 9—12 Uhr vorm., 2—4 Uhr nachm. (mit Ausnahme von Mittwoch und Samstag nachm.)

1. Durch eine Beordnung vom 10. Mai ds. Js. veröffentlicht im „Moniteur Belge" vom 29. Mai ds. Js. ist die in Art. 301 Abs. 2 des Versailler Friedensvertrages für die Vorlegung, Protesterhebung und Benachrichtigung bei Handelspapieren, Wechseln, Schecks vorgesehene Frist in Belgien bis zum 31. August 1921 verlängert worden.

2. Für die Unterschrift über die Ausfuhranmeldescheine waren bisher nur der Firmeninhaber selbst oder der gesetzliche Vertreter der Firma als berechtigt anzusehen; in Zukunft ist es den Firmen gestattet, irgend einen ihrer Angestellten zur Abgabe der für die Statistik notwendigen Erklärungen und damit auch zur Unterzeichnung der Ausfuhranmeldescheine zu ermächtigen. Für die Richtigkeit der Angaben bleibt jedoch der Ausstellungspflichtige (Absender) haftbar. Er hat den von ihm ermächtigten Angestellten der Versandgüterabfertigung namhaft zu machen.

Sonntagsfahrkarten für die Höllentalbahn. Die Eisenbahn-Generaldirektion in Karlsruhe teilt uns mit, daß es sich nach nochmaliger eingehender Prüfung gezeigt hat, daß die Betriebsverhältnisse auf der Höllentalbahn die Bewältigung eines erhöhten Sonntagsverkehrs augenblicklich nicht gestatten.

Sie war daher genötigt, die Vrebindung nach der Höllentalbahn über Hirschsprung hinaus vorläufig wegzulassen. Alle übrigen Sonntagsfahrkarten werden beibehalten, obschon die Eisenbahn-Generaldirektion in Stuttgart gegen die Ausdehnung der Einrichtung auf Städte, die wie Freiburg und Heidelberg im Ausflugsgebiet selbst liegen, Widersprch erhoben hat.

Gleichzeitig möchten wir an dieser Stelle weiteren Kreisen davon Kenntnis geben, daß wir unsere seit Jahren immer wiederholten Bemühungen wegen Einführung einer direkten beschleunigten Verbindung Freiburg—Donaueschingen—Ulm—München in den letzten Tagen erneuert haben und zur weiteren Unterstützung an die maßgebenden Gemeinden herangetreten sind.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

= Emmendingen, 1. Aug. Von herrlichstem Festwetter begünstigt, konnte gestern der Ring- und Stemmklub „Alemannia" seine Fahnenweihe begehen. Den Bericht hierüber lassen wir noch folgen.

= Emmendigen, 31. Juli. Wie wir hören, hat die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim, die sich jüngst schon an der Gründung der Gemeinnützigen Mannheimer Baugesellschaft m. b. H. namhaft beteiligt hat, sich entschlossen, zur Linderung der Wohnungsnot in Baden, insbesondere in den Städten, in denen sie Niederlassungen unterhält, dem Arbeitsministerium in Karlsruhe den Betrag von Mk. 100 000.— zur Verfügung zu stellen. Ebenso hat die Gesellschaft zur Anschaffung von Kirchenglocken dem Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg und dem Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe den Betrag von je Mk. 25 000.— gestiftet.

TU. Der Termin der Landtagswahlen bleibt auf dem ursprünglich angesetzten Tag, den 30. Oktober bestehen. Die Verlängerung des Landtags vom 15. bis 30. Oktober wird durch ein Gesetz möglich sein; eine Volksabstimmung ist dazu nicht notwendig. Es bleibt somit beim 30. Oktober als Wahltermin.

TU. Die neuen Postkarten werden nicht mehr von der Reichsdruckerei in Berlin, sondern in München gedruckt. Die ersten neuen Postkarten sollen in diesen Tagen versandbereit sein. Es sind solche zu 30 und 40 Pfennig. Sie haben aber nicht mehr das Bild wie die Briefmarken sondern das eines reitenden Postillons. Der Himmel ist mit strahlender Sonne erfüllt; auf ihm ist groß, nicht stilisiert die Wertzahl angebracht. Unten zeigt ein Band nur die Inschrift: Deutsches Reich. Von den neuen Marken gibt es aber zunächst nur wenige, da die großen Vorräte an Karten mit dem Germania, bild aufgebraucht werden.

TU. Ueberfluß an Zündhölzern. In einer Eingabe an die Reichsregierung weist der Verein Deutscher Zündholzfabrikanten darauf hin, daß die deutschen Fabriken in der Lage seien, den Inlandsverbrauch an Zündhölzern reichlich zu decken. Er fordert daher, daß ein bedeutendes Quantum der von der Zündholzindustrie-Gesellschaft über denBedarf hinaus angekauften 23 600 Kisten Auslandshölzer, die etwa ein Fünftel der deutschen Jahresproduktion ausmachen, wieder ausgeführt werden, da sonst die deutsche Zündholzindustrie zu erheblichen Betriebseinschränkungen und zur Entlassung von Arbeitern gezwungen sei.

TU. Ein badischer Autofahrplan ist soeben erschienen. Auf 40 Seiten enthält er die Fahrpläne von 48 Kraftwagenlinien mit allen in Betracht kommenden Zuganschlüssen. Außerdem sind die zurzeit gültigen Fahrpreise bei den einzelnen Streckenfahrplänen für alle vorkommenden Verkehrsverbindungen aus besonderen Fahrpreistafeln zu ersehen; ferner sind in dem badischen Autofahrplan die Bestimmungen für die Ausgabe von Schülerfahrscheinhefte und Fahrscheinhefte zu ermäßigten Preisen zu ersehen. Auch ein Tarif für Reisegepäck ist dem im Verlag der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung, Karlsruhe, erschienenen Fahrplan beigegeben. Der Fahrplan kostet eine Mark und ist in den Bahnhofbuchhandlungen und vom Verlag erhältlich.

TU. Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden betrug nach amtlichen Erhebungen am 1. Juli 3938 zugelassene Fahrzeuge. Gegen 1913 hat ihre Zahl um nahezu 900 zugenommen. Von der festgestellten Gesamtzahl entfallen 611 Fahrzeuge auf den Landeskommissariatsbezirk Konstanz, 967 auf Freiburg und 1279 bezw. 1081 auf die beiden Landeskommissariatsbezirke Karlsruhe und Mannheim. 1027 Kraftfahrzeuge waren Krafträder, 1885 vorzugsweise Personen- und 1011 Lastkraftwagen. 10 Kraftwagen dienten Feuerlöschzwecken, einer der Straßenreinigung und vier waren Zugmaschinen ohne Güterladeraum. Von den Personenwagen stehen 199 im öffentlichen Fuhrverkehr, 137 im Dienste öffentlicher Behörden, 1549 dienen gewerblichen, beruflichen und sonstigen Zwecken.

TU. Zulassung von Frauen zu den juristischen Prüfungen. Das Bad. Justizministerium hat soeben einen Erlaß über die Zulassung weiblicher Personen zu den juristischen Prüfungen, sowie zum Vorbereitungsdienst bei Justizbehörden und Rechtsanwälten herausgegeben. Nach diesem Erlaß finden die Vorschriften über die juristischen Prüfungen, sowie über den Vorbereitungsdienst der Referendare bei Justizbehörden und Rechtsanwälten in Baden auch auf Personen weiblichen Geschlechts Anwendung. Zur selbständigen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Richters, Notars, Grundbuchbeamten, Staatsanwalts oder Amtsanwalts, sowie zur Vertretung eines Rechtsanwalts dürfen Personen weiblichen Geschlechs nicht bestellt werden. Dagegen können sie während des Vorbereitungsdienstes bei Gerichten mit der einstweiligen Wahrnehmung von Dienstgeschäften des Gerichtsschreibers betraut werden.

§ Erhöhung der Gerichtskosten. Am 1. August tritt die durch Reichsgesetz vom 23. Juni 1921 beschlossene Erhöhung der Gerichtskosten in Kraft. Die neuen Gebühren sind im Zivilprozeß für die erste Instanz im wesentlichen verdoppelt, für die zweite Instanz sind sie um fünfviertel heraufgesetzt worden. Bedeutende Gebührenerhebungen treten im Strafverfahren ein, die sich besonders auch im Privatklageverfahren geltend machen werden, das, wie man weiß, seit 1. April ds. Js. auf leichtere Delikte, z. B. Hausfriedensbruch und weniger schwere Körperverletzung ausgedehnt wurde. Die Erhöhungen sind durchaus gerechtfertigt, denn es ist zu berücksichtigen, daß der Zuschuß der einzelnen Länder für die Justizverwaltung gegen das Jahr 1913 um das sechsfache gestiegen ist. Trotz der Gebührenerhöhungen können die Parteien im Zivilprozeß sich Kosten ersparen, wenn von der Vergünstigung des im Paragraph 510 der Zivilprozeßordnung vorgesehenen Sühneverfahrens mehr als bisher Gebrauch gemacht wird. Jetzt noch ein Wort über die Beleidigungsprozesse. Wenn die Erhöhung der Kosten des Privatklageverfahrens eine Verminderung der Beleidigungsklagen ergeben sollte, so würde das vor allem einen moralischen Gewinn bedeuten. Der fernstehende, schiedlich-friedlich veranlagte Staatsbürger hat kaum eine Ahnung davon, wie unsere Amtsgerichte, auch die Gemeindegerichte, mit der Bewältigung von Beleidigungsklagen überhäuft sind. Um welche Bagatellen werden da nicht Gerichte und Anwälte in Bewegung gesetzt, Zeit und Geld vergeudet, von den seelischen Einbußen wollen wir dabei gar nicht reden! Und wie uns das tägliche Leben lehrt, sind diejenigen Beleidigungsprozesse, welche mit der Verurteilung der einen oder beider Parteien ausgehen, die Quelle neuer Aufregungen, oftmals die Ursachen jahrelanger Feindschaften. Nur Sühnetermin, nicht Schöffengericht muß die Losung in solchen Fällen lauten, wo man schon glaubt, die Hilfe des Richters nicht ganz entbehren zu können. Auch hier gilt das Wort wie bei den Prozessen, wo es sich um materielle Güter dreht: Der magere Vergleich ist besser, als der fetteste Prozeß! Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes hängt nicht zuletzt von einer gewissen Verträglichkeit seiner Bewohner ab, kleinliche Befehdungen und Prozeßwut tragen zur Vergiftung der Volksmoral und des Nebeneinanderlebens bei. H. Str.

Breisach, 30. Juli. (Aus der gestrigen Bürgerausschußsitzung.) 1. Die Erwerbung des Exerzierplatzes bei der Artilleriekaserne mit den beiden daraufstehenden ehemaligen Geschützschuppen, der Rampen zur Armierungsbrücke in der Fischerhalde und der Zufahrtsstraße von der Hochstetterstraße zur Rheinbrücke von dem Reichsvermögensamt um die Gesamtsumme von 90 250 Mk., wurde genehmigt; 2. ferner wurde zugestimmt, daß: a) für das Rechnungsjahr 1920/21 eine Nachtragsumlage von 1.25 Mk. von je 100 Mk. Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens mit der Bestimmung zu erheben sei, daß die Nachtragsumlage im vollen Betrage sofort nach Genehmigung durch die Gemeindeversammlung fällig wird; b) für das Rechnungsjahr 1921/22 eine vorläufige Umlage von 2 Mk. von je 100 Mk. Steuerwerten des Liegenschafts- und Betriebsvermögens zu erheben sei. 3. die Gebühren der Steinsetzer werden von bisherigen 12 Mk. auf 40 Mk. täglich erhöht; 4. schließlich wurde genehmigt, daß der auf 1. Juli l. Js. von ihrem Amte zurückgetretene Gemeindehebamme Frau Anna Laufer Witwe ihre bisherige Vergütung aus der Stadtkasse von jährlich 250 Mk. und 50 Kompetenzwellen in vollem Umfange auf Lebenszeit als Ruhegehalt belassen werden [illegible]

Breisach, 30. Juli. Die Leiche des Mediziners Dr. Scheenken von Freiburg, welcher letzten Mittwoch hier beim Baden im Rhein ertrank, wurde gesteren vormittag bei Altenheim (Amt Offenburg) geländet. Der so jäh aus dem Leben gekommene gehörte dem Chors „Hasso-Borussia" zu Freiburg an.

= Vom Südrand des Kaiserstuhls, 29. Juli. Mit einer sich täglich steigernden Sorge verfolgt man eben die Wetterberichte der badischen Landeswetterwarte. Die Voraussagen lauten beinahe immer Tag für Tag gleich. Gestern mittag konnte man lesen: Meist heiter, strichweise Gewitter, sehr heiß. Tag für Tag zeigt sich nunmehr der Himmel in seinem Blau, klar ist der Blick hinüber auf die nahen Schwarzwaldberge. Die angesagten strichweise Gewitter, wollen sich hier in der Eebene auch gar nicht einstellen, obwohl der Himmel schon mehrmals ein düsteres Aussehen hatte. Nur die Hitze trifft immer zu, wie sie noch nie dagewesen ist. Ueber die Mittagsstunden steigt sie zu einer Höhe, welche ein Arbeiten im Felde beinahe unmöglich macht, deswegen beginnen unsere Landwirte damit schon in der 3. und 4. Morgenstunde. Selbst unsere Jugend, welche kräftig mithelfen muß, leidet sehr unter den abnormen Wärmeverhältnissen. Die Ernteferien sind in den meisten Gemeinden beendigt. Mit erhitzten Wangen eilen nun die Kleinen zum Nachmittagsunterricht, freilich können sie in den dumpfen Schulräumen nicht immer mit gespannter Aufmerksamkeit dem Unterricht folgen. Eine weitere Plage ist der dichte Staub, der sich aus dem angeschwemmten Löß der Weinberge auf den Landstraßen gebildet hat. Ein trauriges Bild bieten infolge der Trockenheit die Felder. Ausgebrannt sind die Wiesen, das so notwendige Futter fehlt für das Spätjahr, Kartoffeln und Mais fangen bald an dürr zu werden, wenn nicht bald ein kräftiger Regen kommt. Unser Stein- und Kernobst fällt infolge Trockenheit in unreifem Zustande zu Boden und kann deshalb noch nicht verwendet werden. Nur dem Weinstock ist bisher die Hitze gut bekommen. Mögen Unwetter auch fernerhin unsere Weinberge verschonen.

TU. Freiburg, 29. Juli. Auch der hiesige Stadtrat hat bei den zuständig. Berliner Stellen telegraphisch gegen die beabsichtigte Brotpreiserhöhung protestiert.

TU. Freiburg, 29. Juli. Erzbischof Carl hat an die Diözesanen folgende Kundgebung gerichtet: „Außerordentliche Heimsuchungen lasten schwer auf uns. Zu dem großen Kummer den uns die Lage des Vaterlandes und die Erwerbsverhältnisse in Handel und Industrie bereiten, ist infolge der langen Trockenheit noch die bange Sorge darüber getreten, ob dieMehrzahl des deutschen Volkes in Zukunft auch nur die notwendige tägliche Nahrung haben wird. Trotz alledem herrscht in manchen Kreisen des Volkes immer noch ein geradezu kopfloser Leichtsinn, eine erschreckende Gottlosigkeit und freche Sittenwidrigkeit. Ich bitte und beschwöre alle, die es angeht: „Kehret endlich zur Furcht u. zum Dienst Gottes aufrichtig zurück; befleißigt euch des wahren Lebensernstes und führet einen Wandel, der den Vorschriften des christlichen Sittengesetzes entspricht." — Der Erzbischof ordnet sodann an, daß an den Sonn- und Feiertagen in allen Kirchen eine Bittandacht abgehalten und ein besonderes Gebet verrichtet wird, das auch an Werktagen nach der hl. Messe zu verrichten ist. In Predigt und

Christenlehre soll zum Lebensernst, zur sittlichen Umkehr und zum Dienst Gottes, sowie zum Gebet eindringlich aufgemuntert werden.

TU. Freiburg, 29. Juli. Die aus Anlaß der hiesigen Passionsspiele auf den Strecken Offenburg—Freiburg—Basel und Freiburg—Neustadt Sonntags, Mittwochs und Samstags gefahrenen Ergänzungspersonenzüge werden künftig nur noch gefahren, wenn bei der Spielleitung eine entsprechende Anmeldung von auswärts vorliegt.

TU. Freiburg, 29. Juli. Die Vereinigung wissenschaftlicher Sortimentsbuchhändler hier hat mit Rücksicht auf die Notlage der Wissenschaft der Freiburger Universität 5000 Mk. für Bücheranschaffungen geschenkt.

TU. Freiburg, 29. Juli. Der Vorstand des badischen Städteverbandes hielt vor wenigen Tagen hier eine Sitzung ab, in der u. a. der Wunsch ausgesprochen wurde, daß das im Jahre 1914 erlassene badische Gesetz zur Durchführung des polizeilichen Arbeitszwanges, das infolge des Krieges nicht zur Durchführung kam, jetzt erlassen wird, da dieses Gesetz für dringend notwendig erachtet wird. Die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten für die Invalidenversicherung erfolgt zur Zeit durch die Städte. Da diese dadurch stark belastet werden, so verlangt der Städtetag, daß wie in anderen deutschen Ländern diese Arbeit künftig den Krankenkassen übertragen wird. Ferner regte der Vorstand des Städteverbandes eine Gemeindebesteuerung auf Wanderlager und Hausierhandel, neben der bestehenden Staatssteuer an, schon aus dem Grunde, um dem Ueberhandnehmen des Wandergewerbes und Hausierhandels vorzubeugen. Zugestimmt wurde der Gründung einer Darlehenskasse für die Gemeindebeamten nach den Vorschlägen des Gemeindebeamtenverbandes. Die Kasse hat den Zweck, den Beamten, namentlich zur Deckung der Einkäufe für den Winter, Vorschüsse zu gewähren. Schließlich beschäftigte sich der Vorstand des badischen Städteverbandes noch mit der Wohnungsnot und bezeichnete es als dringend erforderlich, daß Reich und Staat zur Unterbringung ihrer Beamten in großzügiger Weise selbst neuen Wohnraum erstellen; es sei nicht angängig, daß die von den Gemeinden mit erheblichen Zuschüsse errichteten Wohnbauten auch von den Reichs- und Landesbeamten weiterhin in Anspruch genommen werden.

S. Aus dem Bezirk Staufen, 28. Juli. Die Aussichten für ein Honigjahr sind diesmal gute. Die Wälder haben Honigtau angesetzt, den die Bienen mit Vorliebe einheimsen. Jedenfalls darf gesagt werden, daß der Honigertrag diesmal ein weitaus besserer als im vorigen Jahre sein wird, das für die Imker als ein völliges Fehljahr anzusprechen war.

S. Aus dem Bezirk Müllheim, 29. Juli. Von einem großen Reichtum an Waldbeeren berichten die Wanderer und Beerensucher von der Sirnitz. Namentlich Himbeeren kamen in diesem Jahre dort oben massenhaft vor und die fleißigen Beerensammler haben bei der leichten und gewinnbringenden Absatzmöglichkeit nach Badenweiler ein schönes Geld verdient. Wie unserem Korrespondenten mitgeteilt wird, ist die große Ausbeute an Beeren auf den Umstand zurückzuführen, daß im Sirnitzgebiet mehr Regen als an andern Plätzen fiel.

Briefkasten.

Nach Köndringen. Der Roman „Das Grand-Hotel Babylon" ist in Buchform durch den Verlag Robert Lutz in Stuttgart zu haben.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vormals Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber Karl Eppig und Wilhelm Fundt Erben.
Für die Redaktion verantwortlich i. V.: D. Krauth. Emmendingen.

Der Kinder bester Schutz gegen Krankheiten
ist außer Sauberkeit und Abhärtung eine einfache regelmäßige Ernährung. Zu letzterer wählt eine kluge Mutter das Nestle'sche Kindermehl, eine naturgemäße, leicht verdauliche und gern genommene Nahrung, welche die Kleinen vor Darm- und Magenkatarrhen schützt, und das Entwöhnen bedeutend erleichtert.

Elektrisches Klavier
kreuzsaitig (erstklassiges Instrument), mit und ohne Kraft spielbar, auch wird
einfaches Klavier
in Tausch bezw. in Zahlung genommen, sehr billig zu verkaufen bei 4584
Gg. Krieg, Freiburg i. B.
Guntramstr. 52 Telefon 3113.

Farrenversteigerung.

Die Gemeinde Mundingen versteigert am Dienstag, den 2. August, vormittags 10 Uhr beim Farrenstall
einen fetten Farren
wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.
Mundingen, den 28. Juli 1921
Der Gemeinderat.

Zahn-Praxis
Norbert Ruh, Dentist
Freiburg i. B., Rosastr. 19
1 Minute vom Bahnhof
Spezialität: Künstliche Zähne ohne Gaumenplatte
Zahnbehandlung
Zahnziehen nach schmerzloser Methode
Goldkronen
Goldplomben
Durch die Verwendung von nur besten Zähnen u. Materialien und meiner 28jährigen Fachkenntnisse gewähre ich ... Arbeiten mehrjährige Garantie

Schreibmaschinen-Reparaturen
aller Systeme
Fabrik Stolzenberg
Musterlager Freiburg i. B.
Friedrichstr. 29, Tel. 2293.

Bettdamaste
weiß u. farbig
finden Sie in grösster Auswahl bei
E. Schwarz
Emmendingen
Markgrafenstr. 2.

Städtische Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Die von der Bezirkskohlenstelle genehmigten **Kohlenbezugscheine** für Gewerbebetriebe gültig für den Monat August ds. Js. sind von **Donnerstag, den 4. August ab** auf dem Polizeibüro abzuholen. 256

Emmendingen, den 29. Juli 1921.
Städt. Ortskohlenstelle Emmendingen.

Bekanntmachung.

Die täglich mehr und mehr abnehmenden und geringen Milchzufuhren nötigen uns die Abgabe von Milch in den Verkaufsstellen abwechslungsweise wieder ausfallen zu lassen.

Mit Milch werden deshalb nicht beliefert die Verkaufsstellen: 257

Reinbold, Leonhardt	am 1. und 5. August 1921
Bader, Schnurr	„ 2. „ 6. „ „
Benz, Höfflin	„ 3. „ 7. „ „
Faller, Ramie	„ 4. „ 8. „ „

Kinder bis zu 12 Jahren, Kranke (mit ärztl. Zeugn.) und über 70 Jahr alte Personen sind von diesem Ausfall nicht betroffen und erhalten ihre ihnen zustehende Milch wie bisher.

Die Verkaufsstellen sind angewiesen genau nach den Vorschriften zu handeln.

Emmendingen, den 30. Juli 1921.
Städt. Lebensmittelamt. — Milchwirtschaft.

Nachruf.

Am 29. Juli verschied nach schwerem Leiden in Riegel

Frl. Anna Rees

Wir verlieren in der Verstorbenen eine treue und zuverlässige Mitarbeiterin, deren Andenken wir in Ehren halten werden.

Aluminium G. m. b. H.
Teningen
„Alolitwerk"

Freibank Emmendingen.

Dienstag Vormittag von 1/2 7 Uhr ab wird schönes 4588
Kuhfleisch
das Pfund zu Mk. 3.—, ausgehauen.

„Radikal"
mit Patronenladung, für jeden Betrieb geeignet, auch erfolgreich bei schwer zu löschenden Bränden — Benzin-Type — ist nach Gutachten von ersten Fachleuten der vollkommenste und zuverlässigste
Handfeuerlöscher
der sich in Ernstfällen massenhaft glänzend bewährt. — Prospekte. Atteste kostenlos.
Generalvertretung: 4035
G. Tscherter, Karlsruhe
Karlstrasse 29a. Telephon 3381.

Echte extra-starke **Walthorius Hienfong-Essenz**
(Destillat) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth., Drog., sonst dir. v. Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Trotha 161.

Kreishaushaltungsschule Kenzingen.

Anfang November beginnt der Winterkurs, welcher 5 Monate währt. Anmeldungen, welchen Geburtsschein, Schul- und Leumundszeugnis beizufügen sind, wollen alsbald bei der Vorsteherin der Schule eingereicht werden. Bis 1. September werden Anmeldung von Kreisangehörigen bevorzugt.

Der Unterricht umfaßt Kochen, Backen, Einmachen und Konservieren von Obst und Gemüse, Waschen, Bügeln, Weißnähen und Anfertigen einfacher Hauskleider und Gartenbau, ferner Rechnen, Aufsätze, Briefschreiben und Hausbuchführung, Ernährungslehre und Gesundheitspflege (einschließlich Säuglingspflege).

Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt. Das Wohnungsgeld beträgt pro Kurs Mk. 30.—, das Kostgeld für Kreisangehörige Mk. 8.— täglich und für Nichtkreisangehörige Mk. 10.— täglich. Die Bettwäsche haben die Schülerinnen mitzubringen.

Freiburg i. B., den 11. Juli 1921.
Der Kreisausschuß.

Zur Weinbereitung
empfehle:
Traubenzucker
Cristallzucker
Mostsubstanzen
beste Marken.
W. Reichelt 4544
Emmendingen.

Conrad Lutz, Emmendingen
bekannt für
beste Ware, gute Auswahl, mässigen Preis

Die jetzige günstige Zeit zur Anfertigung von Druckarbeiten sollte sich jeder Geschäftsmann und Gewerbetreibende zu Nutzen machen. Eine geschmackvolle sauber ausgeführte
Druckarbeit
ist die beste Reklame für einen Geschäftsinhaber. Wir empfehlen aufs Neue unsere guteingerichtete Druckerei allen Geschäftsleuten und Handwerkern.
Druck- u. Verlags-Ges.
vorm. Dölter
Emmendingen.

Brennerei-Einrichtungen
solid in Kupfer gearbeitet, liefern zu 4223
mässigen Preisen
L. Waibel & Sohn
Freiburg i. Br.
Mech. Werkstätte u. Kupferschmiederei
Eschholzstrasse 42 :—: Telephon 1460.
Wir bitten um Lagerbesuch.

Seit 15 Jahren habe ich nun Tritschlers
Heizbackofen
im Gebrauch; es hat damals einen schweren Kampf gekostet, ehe ich mich dazu entschließen konnte, weil mir allgemein davon abgeraten wurde; ein Kachelofen sei besser und haltbarer wurde gesagt. Jetzt bin ich aber anderer Ansicht, denn der Ofen ist gerade noch so, wie wenn er erst gestern aufgestellt worden wäre, obwohl derselbe stets zum Heizen und Backen verwendet wird. Nicht für einen Pfennig Reparatur habe ich bis heute gehabt, nicht einmal ein Ausstreichen war noch nötig. Wichtiger aber als dies alles ist die große Ersparnis an Brennmaterial; dadurch macht sich ein solcher Ofen tatsächlich in kurzer Zeit bezahlt. Wer in mein Haus kommt, wundert sich über den schönen Ofen, das schmackhafte Brot und das wenige Holz das er braucht. Um kein Geld wäre mir der Ofen wieder feil; ich werde die Fa. Tritschler empfehlen wo ich nur kann. [3468]
Oberrotweil a. K., den 15. Mai 1921.
Ed. Bitzenhofer, Landwirt.
Verlangen Sie sof. ausführl. Beschreibung auch über Sparbacköfen, Fleischräucherapparate, vor allem aber über d. neuesten Krozinger Sparkochherd mit Dauersparrost u. verstellbarer Unterhitzunge, denn es ist der wirtschaftlichste Herd der Gegenwart. Ofenfabrik Tritschler in Krozingen b. Freiburg. (Besichtigung meines reichhaltigen Fabriklagers jederzeit — auch Sonntags — gestattet.)

Gouda-Käse
per Pfund 14.-
Tilsiter Käse
per Pfund 16.-
Edamer Käse
per Pfund 21.-
empfiehlt
L. Gottlieb
G. m. b. H.
Emmendingen
Lammstrasse 7.

Fahrrad-Gummi
versendeget Nachnahme
Fahrradmäntel 45 M.
prima Qualität 55 M.
extra „ 65 M.
Ia. „ 78 M.
1 Jahr Garantie
Gebirgsmäntel 75.- und 80.-, Mk.
Ia. Gleitschutzgebirgsdecke 93.- Mk.
Schläuche 13.- M.
prima Qualit. 16.50 M.
extra prima 20.- M.
Ia. Qualität 22.- M.
1 Jahr Garantie
extra prima rot 25.-M.
Fahrräder
4427 billig.
Listen gratis.
Emil Levy, Hildesheim.

Nouwascherei **Phönix** Stuttgart wäscht und bügelt
Kragen
Manschetten, Vorhemden innerhalb acht Tagen
wie neu
Annahmestelle:
Fritz Weintz
Emmendingen.

Zu verkaufen eine eiserne
Trottspindel
sowie ein 4540
Break
und eine eiserne
Egge
Zu erfragen in der Geschäftsst. des Blattes.

Wer verkauft an einen Schwerkranken einen
Liegestuhl
Näheres in der Geschäftsstelle der Breisg. Nachr. 4586

Fussball-Verein Emmendingen

Dienstag, den 2. Aug. punkt 1/2 9 Uhr in Anbetracht des am 4. September stattfindenden Sportfestes sehr wichtige
Monats-Versammlung
Vereinslokal „3 Linden".
Der Vorstand.

W. Reichelt
Emmendingen.
Versuchen Sie meine
Kaffees eigener Röstung.

Junges sauberes
Mädchen
findet gute Stelle. Eintritt möglichst sofort. 4581
Frau A. Brotz
Markgrafenstraße 27, Emmendingen.

Suche für sofort od. 1. Aug. zuverlässig.
älteres Mädchen
welches gut bürgerlich kochen kann u. Hausarbeit mit übernimmt. 4517
Ferner ein jüngeres, einfaches Mädchen für alle Hausarbeit bei hohem Lohn und guter Behandlung. Zeugnisse erwünscht.
Frau Kaufmann Lieb Donaueschingen.

Für unsere neueröffnete Verkaufsstelle in Emmendingen suchen wir zum baldigen Eintritt einen braven, intelligenten Jungen als 4586
Lehrling.
Schriftliche Bewerbungen an
L. Gottlieb
Freiburg, Klarastr. 71.

Garantiert reiner
Bienenhonig
hat zu verkaufen. 456
Wer sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Achtung! Kranzbinderei!
Wir haben 5000 Kartons voll Blumen, Ranken, Hutfedern, Blätter, Beeren, Gräser, Früchte am Lager und senden sortierte 5-Kilo-Pakete für 50 Mk., 100 Mk., 200 Mk. Bitte bestellen Sie sofort. Hesse, Blumenf., Dresden.

Wirtschaft, Gasthof oder Hotel
bei hoher Anzahlung von Selbstkäufer zu kaufen gesucht.
Gefl. Offerten m. ausf. Beschreibung unter Nr. 4451 an die Geschäftst. ds. Blattes.

Würmer sind's
und Verstopfung, die Kind. u. Erwachs. die Wangen bleichen. Sanitas-Blutreinigungstee u. Sanitas Wurmtee wirk. Wunder, beseit. Blutsaug. u. Schmarotzer, reinig. Darm, erlösen Jung und Alt. Je 3 Pak. 1 ... vom Sanitas-Versand Heidelberg 97.

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 12.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 4.— den Monat.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 200 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 20 Mk.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7384.

Nr. 177 (Evang.: Gustav) Emmendingen, Dienstag, 2. August 1921. (Kath.: Portiuncula) 56. Jahrgang.

Die Vorgänge in Oberschlesien.

WTB. Beuthen, 1. Aug. Nach dem Vorbild des deutschen Ausschusses für Oberschlesien wurde, wie die polnischen Blätter melden, ein polnischer Oberster Volksrat für Schlesien ins Leben gerufen, zu dem 12 Mitglieder der polnischen Parteien und Gewerkschaften gehören. An der Spitze des Volksrates steht ein viergliedriges Präsidium, dessen Vorsitzender Ryner ist. Der Volksrat hat sein Sitz im Hotel Lomnitz in Beuthen. Seine wichtigste Aufgabe nennt der Volksrat den Schutz der Interessen der polnischen Bevölkerung und deren Vertretung bei der Interalliierten Kommission.

Berlin, 2. Aug. Nach einer Meldung des Tageblattes werden die oberschlesischen Kreise Pleß und Rybnik zurzeit von einer englischen Kommission bereist, die sich im Auftrage der englischen Regierung über die Stimmung der dortigen Bevölkerung unterrichten soll. Dem Blatt zufolge will anscheinend die englische Regierung den Bericht dieser Kommission bei der Entscheidung über Oberschlesien und speziell über diese beiden Kreise verwenden.

Berlin, 2. Aug. Wie das „Tageblatt" erfährt, ist der angekündigte gemeinsame Schritt der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens in Berlin über die Frage des Transportes von Verstärkungstruppen nach Oberschlesien bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Der Schritt dürfte im Laufe des heutigen Tages zu erwarten sein.

WTB. Rom, 1. Ag. Der Minister des Aeußeren della Tonetta erklärte im Senat bei Besprechung der italienischen Außenpolitik folgendes: Die oberschlesische Frage werde vor den Obersten Rat kommen. Sie ist heikel; Italien wird sich an dieser Besprechung beteiligen und dabei seine eigenen tatsächlichen Interessen im Auge behalten, sich aber natürlich vor allem auf den Vertrag von Versailles stützen. Es werde jederzeit den Geist der Versöhnlichkeit an den Tag legen sowie den Geist der Gerechtigkeit und der Achtung vor dem Rechte eines Jeden. Angesichts des Ernstes der Lage und der Tatsache, daß man am Vorabend einer wichtigen Entscheidung steht, glaubt della Toretta keine Einzelheiten mitteilen zu sollen.

WTB. London, 1. Aug. Observer schreibt in einem Leitartikel, Oberschlesien müsse in seiner Gesamtheit deutsch bleiben, nicht nur auf Grund der Volksabstimmung, sondern auch auf Grund historischer, geographischer und wirtschaftlicher Erwägungen und im Hinblick auf den künftigen Frieden und die Stabilität Europas. Jede Teilung müsse verhängisvolle Folgen haben. Es sei ein Unglück, daß die anderen Alliierten, um mit Frankrech zu einem Kompromiß zu gelangen, bereit zu sein schienen, Pleß und Rybnik Polen zuzugestehen. Wenn aber auch die übrigen Bezirke den Polen zugewiesen werden würden, wie Frankreich verlange, so würde der Verlust der Industrie unbeschreiblich sein und die politischen Folgen in Deutschland wären unheilvoll. Die Durchsetzung des französischen Teilungsplans müsse die letzte Aussicht auf ein gemäßigtes und demokratisches Regime in Deutschland unmöglich machen. Die Regierung würde fallen. Die Deutschen würden zu der Ueberzeugung gelangen, daß ihre einzige Hoffnung bei der konservativen Rechten und in der Wiederherstellung des Militarismus zu suchen sei. Die Fanzosen seien nicht nur vorbereitet auf diese Folgen, sondern sie wünschten sie herbei, um Deutschland endgültig für Anerkennung der französischen Führung mit Gewalt zwingen zu können. Eine politische und wirtschaftliche Kombination zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien würde das beste Mittel zur Genesung Europas und zur Beruhigung im Osten sein.

WTB. London, 1. Aug. Die Blätter nehmen in Leitartikeln zu dem in der oberschlesischen Frage zwischen England und Frankreich erzielten Kompromiß Stellung. „Daily Chronicle" begrüßt das erzielte Einvernehmen, rät jedoch, auf jeden Fall die Londoner Sanktionen aufzuheben, denn wenn die Londoner Sanktionen nicht bald beseitigt werden, könnte ihre Beibehaltung trotz der Erfüllung unserer Forderungen durch die Regierung Wirth die Stellung dieser Regierung unhaltbar machen. Ein solches Ergebnis müssen wir vermeiden, solange wir dies können. — „Daily Telegraph" bezeichnet die Erklärung Lloyd Georges in Thamme mit Bezug auf das in Aussicht stehende Uebereinkommen mit Frankreich keineswegs als zuversichtlich. Das Blatt schreibt: Das oberschlesische Problem ist noch ungelöst. Die Aufgabe einer Lösung könne jedoch erst in Angriff genommen werden in einer Atmosphäre, die von dem Druck, den der diplomatische Barometer in den letzten zwei Wochen verzeichnet hat, befreit ist. Das Blatt erklärt, Lloyd George habe bei der Verfolgung der Politik, die er im Rate der Entente vertrete, die gesamte englische Nation hinter sich, und die Angriffe gegen Lloyd George seien tatsächlich Angriffe auf die Diktatur des französisch-britischen Einvernehmens. — „Morning Post" und auch „Times" heben die Worte Lloyd Georges hervor, daß die größeren Opfer Frankreichs diesem Lande einen tatsächlichen Anspruch auf Berücksichtigung geben.

WTB. London, 1. Aug. Wie Reuter erfährt, hat Briand heute Vormittag den Vorschlag, die Tagung des Obersten Rates am 8. August in Paris stattfinden zu lassen, zustimmend beantwortet. Lloyd George, Lord Curzon und andere Regierungsmitglieder werden am Sonntag abreisen. Es herrscht hier das Empfinden, daß die Tagung nur wenige Tage dauern wird, da die britischen Minister in London dringendes zu erledigen haben. Der italienische Ministerpräsident und der italienische Minister des Aeußeren werden ebenfalls in Paris sein.

WTB. London, 1. Aug. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, die britische Regierung sei im Verlauf der jüngsten Auseinandersetzung mit Frankreich lediglich von dem Wunsche geleitet gewesen, eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage in Gemäßheit des Abstimmungsergebnisses und der Bestimmungen des Friedensvertrages zu sichern. In Beantwortung von Zwischenrufen erklärte Lloyd George, es sei die Aufgabe der britischen Regierung, darüber zu wachen, daß Polen und Deutschen in gleicher Weise völlig rechtmäßige Behandlung zuteil wird. Lloyd George erklärte noch, er glaube, daß das Verfahren der Kriegsbeschuldigten auf der Tagung des Obersten Rates Gegenstand der Erörterung sein werde.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 2. Aubg. Wie der „Lokalanzeiger aus Magdeburg meldet, wendet sich die Aerztekammer für die Provinz Sachsen gegen die beabsichtigte Brotpreiserhöhung. Die beträchtliche Erhöhung des Preises würde zur Folge haben, daß zahllose Kreise der Bevölkerung noch mehr der Unterernährung mit all ihren üblen Folgen preisgegeben würden. Neue folgenschwere Unruhen und Kämpfe seien zu befürchten. Die Aerztekammer hält es daher im Hinblick auf das allgemeine Wohl und die Wiedergenesung des kranken Volkes für geboten, das unbedingt zur Lebenshaltung nötige tägliche Brot in bisheriger Preishöhe weiter zu verabfolgen. Für das über die jetzige Wochenmenge hinausgehende Brot könne ein entsprechender Mehrbetrag gefordert werden.

Berlin, 2. Aug. Wie das „Tageblatt" aus Köln meldet, verlautet dort, daß Bonn, das vor Jahresfrist aus englischen in französische Hände übergegangen ist, demnächst wieder eine englische Besatzung erhalten soll. Auch die französischen Truppen in Köln werden wieder von Engländern ersetzt werden.

WTB. Berlin, 1. Aug. Nach der „Freiheit" haben die Wahlen zum Verbandstag des deutschen Metallarbeiterverbandes, der größten deutschen Gewerkschaft, bisher für Amsterdam 403 Delegierte und für Moskau 73 ergeben.

Die Verschärfung des polnisch-litauischen Konflikts.

Noch harrt die oberschlesische Frage der Entscheidung, und schon türmen sich neue Gewitterwolken am östlichen Horizont empor. Die Verhandlungen, die Litauen und Polen unter dem Vorsitz von Hymans, dem Präsidenten des Völkerbundes in Brüssel, über Wilna führten, sind gescheitert. Nach dem Vorschlag des Völkerbundsrates soll das Wilnaer Gebiet in der Form eines autonomen Kantons mit gewissen Souveränitätsrechten dem litauischen Staate angegliedert werden. Diesen Plan haben alle Beteiligten abgelehnt. Nach der Meinung des Kownoer Landtages kann die Wilnaer Volksvertretung solange nicht als der Ausdruck der wahren Volksstimmung gelten, solange Zentrallitauen von Zeligowski terrorisiert wird. Dieser wiederum hat an den polnischen Delegierten beim Völkerbund einen Brief gerichtet, worin er darauf hinweist, daß eine Lösung der Wilnaer Frage von Polen nur dann in Betracht gezogen werden darf, wenn die Bevölkerung von Zentrallitauen (die unter dem Druck der polnischen Soldateska steht) ihr Einverständnis dazu gibt. Nach der Gazeta Warszawska dürfte sich in Polen keine Regierung finden, die dem Vorschlage des Völkerbundsrates ihre Zustimmung erteilte. Doch wenn sich selbst im Warschauer Kabinett derartige Neigungen bemerkbar machten, würde im Sejm keine Mehrheit aufzubringen sein, die solch einen Vertrag ratifizierte. Sogar diejenigen unter den polnischen Politiker, die sich mit dem Projekt des Völkerbundsrates unter der Bedingung abfinden wollen, daß Litauen durch eine Föderation mit Polen verbunden werden soll, geben den Vorschlag des Präsidenten Hymans preis, nachdem sie sich davon überzeugen mußten, daß die Kownoer Regierung weitere Verhandlungen mit den Warschauer Delegierten entschieden abgelehnt.

Das Verhältnis zwischen Polen und Litauen wird infolgedessen von Tag zu Tag gespannter. Wie weit die Dinge schon gediehen sind, beweisen die Instruktionen, die Moskau Krassin, dem Vertreter Sowjetrußlands in London, am 8. Juli ds. Js. erteilte und die laut Nr. 169 des Dziennik Poznanski vom 17. Juli folgenden Wortlaut hatten: „In allernächster Zeit wird ein aggressives Vorgehen gegen Litauen von polnischer Seite erwartet. England hat sich bisher einer Vergewaltigung Litauens durch Polen wenig widersetzt, um Frankreich nicht zu reizen. Könnte man Lloyd George nicht den Vorschlag machen, eine Warnung an Polen zu erlassen? Wir, wie auch Lettland, würden uns dieser Aktion anschließen. Ein Vorgehen Englands wäre sehr erwünscht." Ganz im Sinne dieser Verhaltungsmaßregeln sucht die Sowjetdiplomatie eine Annäherung zwischen Litauen und Lettland anzubahnen, das bis jetzt freundschaftliche Beziehungen zu Polen unterhielt. Der Warschauer Regierung ist es bis zur Stunde nicht gelungen, ein Bündnis mit Finnland, Esthland und Lettland unter Ausschluß Litauen zustandezubringen. Dagegen hat am 21. und 22. Juli in Reval eine Wirtschaftskonferenz getagt, die positive Ergebnisse auf handelspolitischem Gebiet zwischen Lettland, Esthland und Litauen zeitigte.

Inzwischen schlägt die bolschewistische Presse gegen Polen einen äußerst scharfen und herausfordernden Ton an. Sie bezichtigt die Warschauer Regierung insbesondere der absichtlichen Verletzung des Rigaer Friedensvertrages. „Die gesamte Tätigkeit der polnischen Staatsmänner", heißt es in einem Artikel des Nowy Mir, „trägt die Kennzeichen des Wortbruches und der unehrlichen Intrigue." Das Warschauer Kabinett hinwiederum beschuldigt die Moskauer Gewalthaber in einer energischen amtlichen Note gleichfalls der Sabotierung des Rigaer Vertrages. Diese aber rüsten trotz aller Notschreie, die aus dem Innern Rußlands kommen. Wie die Gazeta Warszawska in Nr. 192 vom 16. Juli mitteilt, soll die Rote Armee auf Grund authentischer Dokumente augenblicklich rund eine Million Infanteristen, 100 000 Kavalleristen, 356 Geschütze und 14 000 Maschinengewehre zählen.

Wir sehen, Oberschlesien ist nicht der einzige Pulverherd an Deutschlands Ostgrenze. Das deutsche Volk hat alle Veranlassung, die Vorgänge in den Randstaaten mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Wir könnten sonst durch folgenschwere Ereignisse unliebsam überrascht werden.

Polen in Not.

W.W. Die wirtschaftliche Not Polens steigert sich immer mehr. Der Hauptgrund hierfür ist, daß der neue Staat gleichzeitig eine agressive Politik nach Osten und Westen führte, ein großes Heer unterhielt und es verabsäumte, seinen Einwohnern ausreichende öffentliche Lasten aufzuerlegen. Man kann heute schon sagen, daß selbst die politische und wirtschaftliche Unterstützung Frankreichs Polen nicht vor einer Katastrophe bewahren kann. In gewissem Sinne trägt sogar die französische Freundschaft die Schuld an der Entwicklung der Dinge. Frankreich zwingt Polen, in der oberschlesischen Frage eine antideutsche Politik zu treiben, obwohl man in Kongreßpolen je länger je mehr Bedenken trägt, einen Gebietszuwachs von zweifelhaftem Werte mit einer dauernden Verfeindung des westlichen Nachbarn zu erkaufen. Der Tiefstand der polnischen Mark (etwa 4 Pfennig deutscher Währung) ist nur das Symbol der trostlosen Finanz- und Wirtschaftslage. Der Fehlbetrag im öffenlichen Haushalt hat bereits 100 Milliarden polnische Mark im Jahre überschritten. Es heißt, daß der öffentliche Bedarf dauernd steigt, u. zwar um täglich etwa 150 Millionen polnische Mark. Fast die gesamte Lodzer Weberei-Industrie steht still. Unter den Land- und Forstarbeiter gährt es, und auch im galizischen Petroleumgebiet sind Streiks an der Tagesordnung. Schon vor Monaten sagten Kenner der polnischen Verhältnisse voraus, daß der unsolide polnische Bau die erste Ruine der Nachkriegszeit werden dürfte. Daß Korfanty und sein engerer Anhang an der agressiven Politik gegen Deutschland festhalten, kann nicht wunder nehmen. Es steht aber fest, daß man in Warschau den neuen Taten des oberschlesischen Demagogen mit Sorge entgegensteht. Wie auch die Entscheidung auf dem am 8. August in Paris beginnenden Oberschlesien-Kongreß des Obersten Rates ausfallen mag, — die beiden Nachbarländer Deutschland und Polen sind in Gefahr, durch taktische Erwägungen der führenden Weltmächte in einen dauernden Gegensatz getrieben zu werden, der für beide Teile und darüber hinaus sogar für ganz Europa schwere Schädigungen bringen wird.

Ein englisches Urteil über die farbigen Besatzungstruppen.

Der nach dem Rheinland entsandte Kriegskorrespondent des „Manchester Guardian" schildert jetzt seine Eindrücke über die Zustände im besetzten Gebiet. Sein Urteil über die farbigen Truppen unterschreibt alles das, worüber seit Monaten in dieser Richtung von der deutschen Presse Klage geführt wird. Es heißt da: Man braucht nur einmal zufällig nach Mainz oder nach Wiesbaden zu gehen, und man versteht die Stimmung im Volke, ja sympathisiert mit ihr. Welche Gründe auch immer, wirtschaftliche oder sonstige, die Heranziehung afrikanischer Truppen bestimmt haben mögen — diese Gründe hätten nicht ausschlaggebend sein dürfen gegenüber den unausbleiblichen Folgen, die der Gebrauch schwarzer Truppen haben muß. Es ist wahr, daß es sich nicht um Negertruppen handelt (das stimmt nur zum Teil), sondern um Nordafrikaner, die ein gewisses Minimum von Kultur haben. Soweit ich es habe feststellen können, werden sie auch nicht zwangsweise einquartiert, aber es macht wenig Unterschied, ob ihre Farbe ebenholzschwarz oder Milch und Kaffee ist und ob sie in so nahe Berührung mit der Bevölkerung gebracht werden, daß sie in ihre Häuser kommen. Selbst wenn sie harmlos wären — u. ungeachtet unvermeidlicher Uebertreibung und vieler Propaganda gibt es überreichliche und unbestreitbare Beweise für schlechtes Betragen, das tierisch im gröbsten Sinne ist, — ihr bloßer Anblick in den Straßen und den Eisenbahnstationen bildet eine Beleidigung und Erniedrigung selbst für den fremden Besucher.